

– Gastvortrag von Clément Denuit für den französischen Freidenkerverband –

Ich möchte mit Ihnen über Atheismus, Säkularisierung, Antiklerikalismus und Laizismus in Frankreich sprechen.

Der Niedergang des Christentums, die Sichtbarkeit des Islam und die Nutzung des Sekularismus als zivile Religion zur Gleichschaltung der inneren Gegensätze

Zunächst einmal möchte ich mich im Namen des französischen Freidenkerverbands (La Libre Pensée) ganz herzlich für Ihre freundliche Einladung bedanken. Es ist mir eine Freude und eine wunderbare Gelegenheit, Verbindungen zwischen unseren Organisationen und unseren Aktionen herzustellen, sowie eine hervorragende Gelegenheit, einander besser zu verstehen und besser zu begreifen, was in unseren jeweiligen Ländern geschieht.

1. Die Lage der Religionen und des Atheismus in Frankreich: eine stark säkularisierte Gesellschaft

Frankreich befindet sich natürlich nicht in derselben Situation wie Polen. Umfragen zeigen, dass sich mehr als die Hälfte der französischen Bevölkerung als religionslos bezeichnet. Hier ist jedoch Vorsicht geboten: „Religionslos“ bedeutet weder das Fehlen vager Glaubensvorstellungen an ein Jenseits noch das Fehlen von Aberglauben. Unter denen, die sich einer Religion zugehörig fühlen, praktizieren die meisten diese nicht aktiv.

Was den Katholizismus betrifft, so hat u.a. Guillaume Cuchet aufgezeigt, dass dieser seit den 1960er Jahren einen starken Rückgang verzeichnet. Nun hören wir, dass dieser Rückgang angeblich zu einem Stillstand kommen oder sich der Trend sogar umkehren soll. Aber Vorsicht ! Die Zahl der jungen Erwachsenen, die um die Taufe bitten, scheint (leicht) zu steigen, doch lassen Familien ihre Kinder immer seltener kurz nach der Geburt taufen. Praktizierende Katholiken machen nur 1,5 % der französischen Bevölkerung aus. Das ist sehr wenig.

Die Vitalität des Katholizismus ist, obwohl er nach wie vor die größte Religion in Frankreich ist, nicht mit der der evangelikalen Kirchen vergleichbar, die sich im ganzen Land vermehren. Offenbar entsteht jede Woche etwa eine neue evangelikale Kirche oder Gemeinde (vgl. die Arbeit von Sébastien Fath und Philippe Gonzalez). Diese Kirchen bieten insbesondere Frauen eine wichtigere Rolle im Gottesdienst sowie Formen der Solidarität und der gemeinschaftlichen Verbundenheit, die die katholische Kirche seltener bietet.

Auch die muslimischen Religionen verzeichnen ein Wachstum. Das ist ein großer Unterschied zu Polen. In Frankreich gibt es bei einer Bevölkerung von siebzig Millionen Menschen etwa 4 Millionen Muslime. Das liegt an der Kolonialisierung, an den französischen Kolonien in Nordafrika und in Subsahara-Afrika oder auf einer Pazifikinsel wie Mayotte. Algerien bestand bis 1962 aus drei französischen Departements. Generell lässt sich beobachten, dass Menschen aus ehemals kolonialisierten Gebieten später im Land des Kolonisators leben.) Allerdings ist Vorsicht geboten, wenn man vom Islam im Singular spricht: Es gibt verschiedene Formen des Islam und der Muslime, deren Verbindungen zu Glaubensvorstellungen und Praktiken erheblich variieren.

Der im Jahr 2024 vom damaligen Innenminister Darmanin in Auftrag gegebene Bericht über den Einfluss der Muslimbrüder in Frankreich zeigt, dass dieser Einfluss nach wie vor marginal ist und dass sowohl ihre Mitgliederzahlen als auch ihre finanziellen Mittel seit etwa zwanzig Jahren zurückgehen. Entgegen den von einem Teil der rechten Medien verbreiteten Darstellungen zeigen soziologische und demografische Untersuchungen, dass die Mehrheit der Muslime den Islam eher

individualistisch als traditionalistisch ausübt. In gewisser Weise sind Muslime mit Migrationshintergrund nach zwei oder drei Generationen Franzosen wie alle anderen auch. 63 % der Einwanderer aus Nordafrika der dritten Generation gehen gemischte oder interkulturelle, interreligiöse Ehen ein. Dies gilt beispielsweise nicht für Muslime türkischer Herkunft. Sie bleiben mehr unter sich. Aber im Allgemeinen gibt es in Frankreich keinen Multikulturalismus, das heißt, verschiedene ethnische oder religiöse Gemeinschaften leben voneinander oder vom Rest der Gesellschaft getrennt. Die Rechte will nicht nur Integration, sondern auch Assimilation. Assimilation bedeutet, dass Einwanderer oder in Frankreich lebende Menschen, die aus einer anderen Kultur stammen, vollständig auf ihre Kultur verzichten. Das ist jedoch unmöglich. Das Ergebnis ist, dass Einwanderer niemals so französisch wären, wie sie es sein müssten, und das liefert der rechten oder extremistischen Rechten Gründe und Vorwände, diese Menschen zu diskriminieren.

Frankreich ist eine demokratische Republik. Das bedeutet, dass Frankreich sich nicht ethnisch als Nation definiert, sondern staatsbürgerlich, also auf der Grundlage der Präsenz vor Ort und der Teilnahme an gemeinsamen Rechten und Pflichten. Man muss weder katholisch sein, noch gerne Schweinswürstchen essen, noch Napoleon oder andere verehren, um Bürger mit denselben Rechten wie die anderen Bürger zu sein. Das ist bereits Laizität oder Laizismus. Die Trennung zwischen religiösen, kulturellen und politischen Rechten und Pflichten. Der Staat oder öffentliche Bedienstete dürfen nicht berücksichtigen, was die Menschen denken oder was die Menschen glauben oder ob sie in der Prostitution tätig sind. Das ist nicht seine Angelegenheit. Was zählt, ist die Einhaltung des Zivilrechts. Die öffentlich-staatliche Angelegenheit ist das Zivilrecht; Glauben ist eine individuelle Angelegenheit und religiös fundiertes Recht (z.B. katholisches Kirchenrecht) hat keine Geltung.

Der allmähliche Rückgang der praktizierenden Katholiken in Verbindung mit der Zunahme religiös engagierterer Muslime hat erhebliche politische Auswirkungen. Wenn eine Religionsgemeinschaft nur noch 10 % der Bevölkerung ausmacht, haben ihre Mobilisierungen einen deutlich geringeren direkten Einfluss auf das Land.

Das Buch von Charles Mercier und Philippe Portier, **Les jeunes et leur laïcité** (2025), zeigt zudem, dass die 18- bis 30-Jährigen ein liberaleres Verhältnis zur Laizität pflegen als ihre Ältesten. Diese jungen Menschen können fester an ein Leben nach dem Tod glauben und gleichzeitig ein nicht institutionalisiertes Verhältnis zur Religion pflegen. Da sie nicht unbedingt Gotteshäuser besuchen und sich nicht mehr auf traditionelle Dogmen beziehen, betrachten sie Glaubensüberzeugungen eher als verbindende Elemente denn als trennende. So begegnen wir Menschen, die sich selbst als Katholiken bezeichnen, ohne über eine echte religiöse Kultur zu verfügen: Sie wissen nicht, was ein Sakrament ist, oder haben noch nie von der Dreifaltigkeit gehört. Der französische Soziologe Emmanuel Todd verwendet den Begriff „Zombie-Katholiken“ im Gegensatz zum „aktiven Katholizismus“. Wenn man beispielsweise ein Museum mit Gemälden besucht, kann man manchmal ein Kind oder einen jungen Schüler fragen hören: „Entschuldigung, wer ist dieser Mann am Kreuz?“

Dieser Rückgang der religiösen Praxis geht mit einer starken und raschen Säkularisierung der französischen Gesellschaft einher: Die Religion nimmt im Leben der Franzosen sowohl symbolisch als auch praktisch einen immer geringeren Stellenwert ein. Dies bedeutet einen Verlust an religiöser Kultur, ohne dass dadurch automatisch die wissenschaftliche Kultur gefördert wird. Die Streichung der Mathematik aus dem gemeinsamen Kerncurriculum der Sekundarstufe II im Rahmen der jüngsten Abitur-Reform – auch wenn Mathematik inzwischen in reduzierter Form wieder eingeführt wurde – hat sicherlich nicht dazu beigetragen, die wissenschaftliche und epistemologische Kompetenz der Bevölkerung zu verbessern.

2. Das Fortbestehen des Klerikalismus

Obwohl die französische Gesellschaft seit den 1960er Jahren stark säkularisiert wurde und der Katholizismus einen Großteil seines Einflusses verloren hat, darf daraus nicht geschlossen werden,

dass der Klerikalismus oder gar die Religion selbst der Vergangenheit angehören. Die katholische Kirche übt weiterhin Druck auf die Politik aus. Der Besuch des Papstes in Frankreich Ende September wird ein sichtbares Beispiel dafür sein. Obwohl die Nationalversammlung am 15. Juli ein Gesetz zur Sterbebegleitung verabschiedet hat, das unter bestimmten Bedingungen die Sterbehilfe und die Euthanasie für bestimmte Menschen mit unheilbaren Krankheiten erlaubt, wird sich Papst Leo XIV. Während seines Besuchs gegen dieses Gesetz aussprechen. Dies hat mit dem Säkularismus zu tun, da es um die Gewissensfreiheit geht.

Wie alle großen säkularen Gesetze ist es ein Gesetz der Freiheit. Es ermöglicht denjenigen, die kein unnötiges Leiden ertragen wollen, früher zu sterben. Aber es nimmt den Katholiken, die die Sterbehilfe oder die Euthanasie ablehnen, keinerlei Freiheit. Das gleiche Prinzip galt für das Abtreibungsgesetz. Dieses Gesetz gewährt Frauen Freiheiten, nimmt aber gläubigen Frauen keinerlei Freiheit, außer der Freiheit, ihre religiösen Überzeugungen der gesamten Gesellschaft aufzuzwingen. Der Sinn, den man seinem Leben gibt, der Sinn, den man seinem Tod gibt, ist eine persönliche Angelegenheit. In einem säkularen Staat hat die Kirche natürlich das Recht, ihre Gläubigen dazu aufzurufen, sich an ihre religiösen Vorschriften zu halten. Andererseits hat sie nicht das Recht, die Aufhebung eines Gesetzes zu fordern oder politischen Druck auszuüben. Die Frage ist umso heikler, als der Empfang und die Sicherheit des Papstes von staatlichen Stellen gewährleistet und somit teilweise von allen Steuerzahlern finanziert werden.

Der alltägliche Klerikalismus der Fünften Republik äußert sich jedoch vor allem in der Nutzung und Instrumentalisierung der Religionen durch Politiker. Die Bürgerlichen und die Rechtsradikalen, aber auch ein Teil der Mitte und der Linken, können den Islamismus und sogar den Islam selbst als Angstobjekt nutzen, um neue Formen der Kontrolle und Unterdrückung zu rechtfertigen, während sie gleichzeitig das Christentum als Element der französischen Identität mobilisieren, durch das ein „Wir“ den Ausländern oder jenen entgegensteht, die angeblich unseren nationalen Zusammenhalt bedrohen.

Wie Sie wissen, kam es im Jahr 2015 in Frankreich zu schweren Terroranschlägen, zu denen sich Islamisten oder der Islamische Staat bekannten. Sehr beliebte Persönlichkeiten, die sich für die Karikatur- und Meinungsfreiheit einsetzten und für die Zeitung „Charlie Hebdo“ arbeiteten, wurden brutal ermordet.

Das Problem ist, dass die damalige Regierung, insbesondere Premierminister Manuel Valls, den Laizismus dazu benutzt hat, den islamistischen Terrorismus zu bekämpfen. Doch islamistischer Terrorismus oder religiöse Radikalisierung lassen sich nicht mit Hilfe des Laizismus bekämpfen. Wenn wir dies tun, verwandeln wir den Laizismus in ein Instrument der Unterdrückung, ein polizeiliches Mittel, ein Mittel der Überwachung und Kontrolle. Terrorismus oder die Anstiftung zu Hass und Mord sind ebenso wie sektiererische Übergriffe bereits gesetzlich verboten. Zudem enthält das Gesetz von 1905 über den Laizismus rechtliche Bestimmungen, die den Staat verpflichten, den Einzelnen vor jeglicher Form religiösen Drucks oder religiöser Diskriminierung zu schützen.

Gerade jetzt in Frankreich stellt der vom Vorsitzenden der konservativen Partei Bruno Retailleau vorgelegte und vom Senat in erster Lesung verabschiedete Gesetzentwurf gegen islamistische Unterwanderung eine verfälschte Form der repräsentativen Laizität dar. Er zielt auf einen islamistischen Separatismus ab, der als Bedrohung für die republikanischen Werte, insbesondere für die Gleichstellung von Frauen und Männern, dargestellt wird, ohne dabei stets zu berücksichtigen, dass bestimmte Formen des christlichen Fundamentalismus denselben Kriterien unterliegen könnten. So hat beispielsweise die Rechte in diesem Jahr eine parlamentarische Untersuchungskommission gefordert, um festzustellen, ob es islamistische politische Parteien gibt oder ob bestimmte politische Parteien gegenüber bestimmten Muslimen eine klientelistische Politik betreiben.

Die Untersuchung ergab, dass es keine islamistische oder muslimische Unterwanderung in den politischen Parteien gegeben hat. Es gibt kein „muslimisches Wahlverhalten“. Muslime sind

konservativer als Atheisten und sollten daher eigentlich für die Bürgerlich-Konservativen stimmen. Da sie jedoch von eben diesen Parteien diskriminiert werden, wählen sie linke Parteien, da diese keine identitätspolitischen, nationalistischen und diskriminierenden Strategien verfolgen. Der Politiksoziologe Vincent Tiberj belegt anhand von Umfragen hingegen, dass Katholiken unnachgiebiger sind als Muslime, das heißt, sie neigen eher dazu, das religiöse Recht als dem Zivilrecht übergeordnet anzusehen.

Man könnte also sagen, dass zahlreiche politische Führungskräfte, von der Sozialistischen Partei (mitte-links) bis zur extremen Rechten, vorgeben, den islamistischen Separatismus zu bekämpfen, während sie gleichzeitig den Staat und die Gesellschaft christianisieren und den christlichen Separatismus implizit als normalen Zustand darstellen, da Frankreich aus historischer und kultureller Sicht ein christliches Land sei. Diese Normalisierung einer besonderen Form des Klerikalismus geht mit einer Umkehrung der Bedeutung des Prinzips der Laizität einher.

3. „Verfälschter Laizismus“

Historisch gesehen garantiert der unter der Dritten Republik eingeführte Laizismus die Gewissensfreiheit und beendet die öffentliche Finanzierung religiöser Organisationen. Als das Gesetz vom 9. Dezember 1905 ausgearbeitet wurde, standen sich mehrere Konzepte gegenüber. Das Freidenkertum selbst war gespalten zwischen einer liberalen Strömung, die insbesondere von Aristide Briand vertreten wurde, und einer kompromisslosen Strömung, für die Maurice Allard stand. Letztere strebten nicht nur die Trennung von Kirche und Staat an, sondern auch die Schwächung oder gar Abschaffung der Kirchen durch den Staat. Sie befürworteten daher eine Form des Laizismus, die auf Verboten beruhte und zu einem staatlichen Atheismus führen könnte.

Briand, obwohl selbst Atheist, hielt diese Strategie für politisch kontraproduktiv. Dies hätte es den Katholiken, die damals die Mehrheit bildeten, ermöglicht, sich als Märtyrer bzw. Opfer darzustellen. Das Gesetz sollte daher die Gewissens- und Religionsfreiheit garantieren und gleichzeitig die Neutralität des Staates vorschreiben. Anstatt beispielsweise das Tragen von geistlicher Kleidung im öffentlichen Raum zu verbieten, zog er es vor, diese als Kleidung zu betrachten, die jeder frei tragen könne.

Der Freidenkerverband (die „Libre Pensée“) hält nach wie vor an dieser Auffassung fest. Philosophisch befürwortet sie den Atheismus, die freie Forschung, die wissenschaftliche Methode und den Rationalismus, während sie gleichzeitig die Gewissensfreiheit verteidigt, die eine unverzichtbare Voraussetzung für die Freiheit der Forschung und des Denkens ist. Das Freidenkertum oder die „Libre Pensée“ befürwortet kein Verbot von Religionen in der Gesellschaft oder im öffentlichen Raum, auch wenn sie sich den Religionen widersetzt oder sie bekämpft. Dennoch ist diese historische und liberale Auffassung von Laizität, die mit Briand und Jean Jaurès in Verbindung gebracht wird, seit mehr als dreißig Jahren Gegenstand zahlreicher Verzerrungen – insbesondere seit 1989 in der allerersten Kopftuch-Affäre, in Creil (Pariser Vorort). Manche politische Entscheidungsträger verhalten sich so, als bedeute Laizität, die Religion in den privaten Bereich zu verbannen. Doch obwohl sie eine Trennung zwischen Staat und religiösen Autoritäten vorschreibt, verbietet sie den Religionen keineswegs, sich öffentlich durch Prozessionen, Versammlungen, Plakate oder Missionierungsaktivitäten zu manifestieren. Der Laizismus betrifft den Staat, seine Vertreter und seine Beamten; er betrifft nicht die Gesellschaft als Ganzes.

Die „neue Laizität“, die insbesondere vom Konservativen Minister François Baroin im Jahr 2003 theoretisiert wurde, bricht mit dieser Auffassung. Sie zielt darauf ab, die Gewissensfreiheit durch eine Pflicht zur religiösen Zurückhaltung zu ersetzen, und ebnete damit den Weg für das Gesetz von 2004 über sichtbare religiöse Symbole in Schulen, das insbesondere auf den islamischen Schleier

abzielt. Diese Entwicklung muss im Kontext verstanden werden: Die 1989er Kopftuch-Affäre, das Ende des Kalten Krieges, die Anschläge vom 11. September 2001, die Verbreitung der These vom „Kampf der Kulturen“, die wachsenden Schwierigkeiten bei der Integration von Bevölkerungsgruppen mit postkolonialem Migrationshintergrund, die Präsenz der rechtsradikalen Front National bei der Präsidentenstichwahl (zum ersten Mal 2002) und schließlich die Auswirkungen des israelisch-palästinensischen Konflikts in Frankreich.

Der neue Laizismus erhält somit eine repressive, identitätsstiftende und nationalistische Dimension. Er neigt dazu, ein demokratisches Prinzip, das den Pluralismus garantiert, in einen quasi-religiösen nationalen Wert oder gar in eine Form der Zivilreligion zu verwandeln. In einem Frankreich, das sich mitten in einer Entchristlichung befindet, während die Sichtbarkeit des Islam zunimmt, verwandeln bestimmte politische Führungskräfte den Laizismus in ein Instrument der Unterdrückung: Entweder man bekennt sich zu den „Werten der Republik“ an, oder man wird des Separatismus verdächtigt. Diese Werte, die selten definiert werden, werden dann implizit so dargestellt, als stünden sie dem Christentum näher als dem Islam.

Es ist daher unerlässlich, zwischen Prinzipien und Werten zu unterscheiden, denn der Säkularismus ist eine politische Form. Ein Prinzip ist eine Regel, die rational diskutiert und festgelegt wird und die eingehalten werden muss. Ein Wert ist etwas, an das man glauben und an dem man festhalten muss. Der Säkularismus ist ein politisches Prinzip, das die Gewissensfreiheit durch die Trennung von Staat und Kirchen, die Neutralität des Staates in religiösen Angelegenheiten und die Nichtfinanzierung von Kirchen oder Religionsgemeinschaften gewährleistet. Aber die Laizität ist keine zivile Religion, kein Wert und kein Gegenstand der Verehrung. Im Namen des Kampfes gegen den Islamismus wird so ein Verdacht auf Separatismus geschürt, um die Treue zur Republik, ja sogar zur amtierenden Regierung einzufordern. Der Laizismus hat somit eine ethnische Dimension angenommen: Er richtet sich vor allem gegen Muslime und wird zu einem Mittel, bestimmte politische Oppositionsbewegungen zu diskreditieren, Vereine aufzulösen oder Mobilisierungen zu verbieten. Während er eigentlich ein grundlegendes demokratisches Prinzip bleiben sollte, wird er instrumentalisiert, um zu schikanieren, zu verbieten und eine entpolitisierende nationale Einstimmigkeit zu erzeugen.

Der neue Laizismus ist also in mehreren wesentlichen Punkten das Gegenteil des historischen Laizismus, auch wenn seine Befürworter vorgeben, in der Tradition von Briand und Jaurès zu stehen. Inmitten dieser Verwirrung kann die „Libre Pensée“ den Eindruck erwecken, sie würde die Religionen und insbesondere den Islam verteidigen. Dennoch ist es wichtig, klar zu stellen: Philosophisch und politisch steht die „Libre Pensée“ (bzw. die Freidenker) dem Islam ebenso entgegen wie dem Katholizismus und bekämpft alle Formen des Monotheismus. Doch ihre aktivistische Arbeit muss den politischen Kontext berücksichtigen. Ihr Atheismus darf sie nicht dazu veranlassen, Äußerungen über den Islam zu machen, die die nationalistische Rechte und die extreme Rechte stärken könnten, die die Religion nutzen, um die Mobilisierungen der Bevölkerung gegen neoliberale Politik zu spalten. Und ich weiß, dass dies für einige von euch ein Problem ist oder dass es ein wichtiges Anliegen ist, entschlossen gegen den Islam und erst recht gegen den Islamismus zu kämpfen, die Gesellschaft vor dem Islamismus zu schützen und nicht einer rechtsextremen Partei anzugehören oder schließlich denselben Diskurs und dasselbe Projekt wie eine rechtsextreme Bewegung zu vertreten.

In Frankreich ist der Verdacht auf islamistische Unterwanderung zu einem potenziellen Instrument geworden, um die linke Opposition zu unterdrücken. Die Palästina-Frage veranschaulicht diese Situation besonders deutlich. Kritik an der Politik der israelischen Regierung gegenüber dem palästinensischen Volk wird – von der extremen Rechten bis zur Sozialistischen Partei – häufig mit Antisemitismus oder der Unterstützung des Terrorismus gleichgesetzt. Ein Gesetzentwurf (sog. „Yadan-Gesetz“, nach dem Namen der Abgeordneten, die den Text vorgelegt hat), der schließlich aufgegeben oder in stark abgeschwächter Form im von der Regierung selbst vorgelegten Gesetzentwurf „Berger-Lecornu“ verabschiedet wurde, zielte insbesondere darauf ab, Kritik am Zionismus als Ideologie und politisches Projekt mit einer antisemitischen Handlung

gleichzusetzen – also mit einer Straftat. Die Vorschläge zur Bekämpfung islamistischer Unterwanderung und der Yadan-Gesetzentwurf folgen somit derselben Logik der Einschränkung der politischen Debatte.

Die „Libre Pensée“ oder „Libre-Pensée“ ist säkular, da sie den Säkularismus als den besten Schutz gegen die Wiederbelebung religiöser, identitätsbezogener oder nationalistischer Konflikte zu Zwecken der Herrschaft und Ausbeutung betrachtet.

ZUM ABSCHLUSS:

Meine Partnerin Émilie und ich sind zum ersten Mal in Polen, und wir sind überrascht vom Ausmaß der religiösen Präsenz. Überall sind Kreuze zu sehen. Überall findet man Kirchen, religiöse Kreuze am Straßenrand, religiöse Hymnen und religiöse Zeremonien. Die Religion prägt nach wie vor den Alltag.

Außerdem habe ich gestern gehört, dass der polnische Staat der katholischen Kirche jedes Jahr 70 Milliarden Zloty gewährt. Das Geld der polnischen Steuerzahler wird dazu verwendet, die Gehälter und Zulagen der Priester zu bezahlen, die die Leichtgläubigkeit der Menschen ausnutzen. Lange Zeit wollten die französischen Republikaner weder die Trennung von Kirche und Staat noch die Abschaffung des Konkordats, denn wer bezahlt, hat die Kontrolle, und der Staat will die Kirchen und die Menschen kontrollieren.

Als jedoch die Laizität eingeführt wurde, war Artikel 2 des Finanzierungsgesetzes entscheidend: Er legt fest, dass der Staat weder Gehälter zahlen noch irgendeine Religion subventionieren darf. Wenn Gläubige Kirchen wollen, müssen sie sich organisieren, um diese zu finanzieren. Wenn die Kirche kein Geld mehr vom Staat erhält, gibt es zwar immer noch Reiche, die bereit sind, sie zu finanzieren, doch ihre Sichtbarkeit nimmt ab und ihr Niedergang beginnt. Seit dem Gesetz zur Einführung des Laizismus ist es nicht mehr möglich, ein Kreuz oder ein anderes religiöses Symbol auf öffentlichem Grund zu errichten. Und fast jeden Monat leitet die „Libre Pensée“ rechtliche Schritte ein, um die Einhaltung des Gesetzes durchzusetzen und religiöse Symbole aus dem öffentlichen Raum entfernen zu lassen.

Das ist der Weg, den Frankreich eingeschlagen hat, und die „Libre Pensée“ versucht, diesen Kurs beizubehalten. Polen muss seinen eigenen Weg finden. Da sie den Atheismus und die Befreiung des Individuums fördert, will die „Libre Pensée“ (die „Libre Pensée“) keinen Gott und keinen Herrn. Sie verkündet: „Nieder mit dem klerikalen Geflecht, es lebe die Soziale Republik!“ Die Säkularisierung ist ein Prozess, der kontinuierlich fortgesetzt werden muss, und Sie können sich darauf verlassen, dass die „Libre Pensée“ (die „Libre Pensée“) nicht auf halbem Weg stehen bleibt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und ich wünsche Ihnen sehr produktive Sitzungen.

Clément Denuit (im Namen der FNLP)